

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 19.02.2016

PRESSEMITTEILUNG

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek fordert die Bezirksversammlung Harburg auf, in der Anhörung zur Folgeunterkunft Am Aschenland II klar Stellung zu beziehen

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! fordert die Mitglieder der Bezirksversammlung auf, in der Versammlung am 23.02.2016 klar Stellung im Rahmen des Anhörungsverfahrens der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) zu nehmen. Die Behörde hat mit Drs. 20-1241 die Bezirksversammlung zur Stellungnahme für eine Einrichtung mit bis zu 3.000 Personen aufgefordert. Dabei wurden die Rahmenbedingungen für die soziale Infrastruktur schriftlich benannt. Diese entsprechen der Präsentation der Verwaltung in der CU Arena Neugraben-Fischbek am 01.02.2016.

Die Bürgerinitiative stellt in einem Schreiben an die Mitglieder der Bezirksversammlung folgendes klar:

- Alle in der Bezirksversammlung Harburg vertretenen Parteien haben die Größe dieser Unterkunft bisher abgelehnt, sowohl schriftlich im Antrag der großen Koalition (vgl. Drs. 20-0942) als auch in den einzelnen Stellungnahmen in der Bezirksversammlung.
- Von einer Großunterkunft profitieren nur Bauunternehmen und Betreiber. Flüchtlinge und Anwohner selbst benötigen jedoch langfristige Integration und gute Nachbarschaften, dies wird bei der Planung von Großunterkünften außer Acht gelassen.
- Drohende Obdachlosigkeit und der Gesamtbedarf von 80.000 Plätzen für Hamburg sind nicht in jedem Fall nachvollziehbare Argumente, um den Handlungsdruck zu verschärfen.
- Die im Anhörungsschreiben beschriebene Infrastruktur ist in Neugraben-Fischbek auf keinen Fall ausreichend, um diese Größenordnung an Menschen ausreichend zu versorgen.
- Andere Bezirke haben bereits aktiv Lösungen gesucht, um Großunterkünfte zu vermeiden.
- Es ist notwendig, die Bürger mitzunehmen und Ihnen das Gefühl einer fairen Chancen- und Lastenverteilung zu vermitteln.

Die Bürgerinitiative fordert die Mitglieder der Bezirksversammlung auf:

- Frei,
- unabhängig von Parteivorgaben und
- für das Gemeinwohl der Bürger im Bezirk Harburg

ihre Stellungnahme zu treffen.

Orga-Mitglied Norbert Höbelt: Die Bürgerinitiative ist sich bewusst, dass die Bezirksversammlung lediglich ein Anhörungsrecht hat. Unabhängig der Stellungnahme kann die BASFI den Bau trotzdem einleiten. Es muss jedoch ein klares Signal gesetzt werden, wie die Politik diese Planung bewertet. Daran müssen sich alle Parteien auch in 15 Jahren messen lassen. In anderen Bezirken, wie etwa Altona, haben Politik und Verwaltung gemeinsam nach Lösungen gesucht, um Großunterkünfte zu vermeiden. Dieses Signal vermissen wir im Bezirk Harburg!

Orga-Mitglied Eike Ludwig: Dies wird die letzte Chance für Politik und Verwaltung sein, Einfluss auf den Bau der Unterkunft auszuüben. Jetzt müssen sich alle Politiker fragen, wie sie in 15 Jahre auf Ihre Entscheidung zurückblicken wollen:

- auf eine einfache und schnelle Lösung der Flüchtlingsfrage, die vielleicht Ghettos und die damit verbundenen schlimmen Folgen produziert hat,
- oder auf eine gelungene Integrationsarbeit zum Wohle der Bürger Neugraben Fischbeks und der gesamten Freien- und Hansestadt Hamburg.

Orga-Mitglied Björn Greve: Die Begründung für die Unterkunftsgröße (3.000 Flüchtlinge) wird gar nicht erst genannt. Stattdessen wird nur angeführt, dass der Bedarf nicht aus kleinen Einheiten gedeckt werden kann. Wenn wenige Kilometer weiter jedoch ein ähnliches Baugebiet mit etwa gleichem Entwicklungsstand steht, klingt das eher nach bewusster Täuschungstaktik. Warum baut man einen integrationsfeindlichen Großstandort, anstatt in kleineren Einheiten auf die Baugebiete des Bezirkes zu verteilen. Sollen hier die Bauunternehmen und der Betreiber bevorteilt werden und zwar eindeutig zulasten der Bürger Neugraben-Fischbeks?

Orga-Mitglied Sven Blum: Mit den im Anhörungsschreiben dargelegten und von der Verwaltung vorgestellten Infrastrukturmaßnahmen wird deutlich, dass die Unterkunft in dieser Größenordnung nicht sinnvoll in Neugraben-Fischbek eingegliedert werden kann. Wenn die Hälfte aller Flüchtlingskinder nach Harburg zu Schule muss, für die Bewohner der Neubauten im Vogelkamp keine Kita-Plätze mehr verfügbar sind und für die bereits jetzt kritische medizinische Versorgung in Neugraben-Fischbek keine Erweiterung präsentiert werden kann, dann ist dies ein deutliches Zeichen. Diese Infrastruktur kann die geplante Unterkunft nicht verkraften!

Orga-Mitglied Jan Greve: Wir fordern die Bezirksversammlung auf, sich aktiv an der Suche nach einer fairen Chancen- und Lastenverteilung für alle Bürger des Bezirkes und der Freien- und Hansestadt Hamburg zu beteiligen. Denn nur so kann ein Gefühl des „Wir schaffen das“ entstehen. So, wie es aktuell vorgeschlagen wird, schaffen wir das nicht!

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek hält an Ihren Forderungen fest:

1. verbindliche Obergrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek
2. faire Verteilung der Flüchtlinge auf alle 104 Hamburger Stadtteile
3. Dialog zwischen Bürgern und Politik zur Gestaltung der Flüchtlingsunterbringung.

Am 23.02.2016 wird der Bezirk Harburg von der BASFI im Sozialausschuss bezüglich der Unterkunft Am Aschenland II angehört. Die Bürgerinitiative ruft alle Parteien der Bezirksversammlung auf, eine Großunterkunft abzulehnen.

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe!

Pressekontakt: Jan Greve

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek NEIN! zur Politik - JA zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.